



Quelle: Foto: Grot

Europa im Aufrüstungsrausch: Droht eine wirtschaftliche Überlastung?

Dirk Stein

Die aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen in Europa führen zu einer dramatischen Neuorientierung der Verteidigungspolitik, die nicht nur geopolitische, sondern vor allem wirtschaftliche Konsequenzen mit sich bringt. Die Frage, ob die Angst vor Russland berechtigt ist, wird zunehmend von der Realität steigender Militärausgaben überschattet. Während Washington sich zunehmend auf eigene Interessen fokussiert und der diplomatische Einfluss Europas in internationalen Friedensverhandlungen weiterhin gering bleibt, stellen sich immer mehr Ökonomen die Frage, ob der finanzielle Kraftakt für die Rüstungspolitik nachhaltig tragbar ist oder Europa langfristig wirtschaftlich strangulieren könnte.

Steigende Militärausgaben: Ein ökonomischer Kraftakt mit ungewissen Folgen

Seit der Annexion der Krim 2014 hat sich die Verteidigungspolitik in Europa stark verändert. Die Militärausgaben, die über Jahrzehnte hinweg gesenkt wurden, steigen nun wieder rasant an. Allein zwischen 2021 und 2024 erhöhte sich das Verteidigungsbudget der Europäischen Union um 30 % und erreichte laut der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) 326 Milliarden Euro – etwa 1,9 % des EU-weiten BIP. Trotzdem bleibt Europa im Vergleich zu den USA, die 3,5 % ihres BIP für Verteidigung ausgeben, weiterhin deutlich unterdurchschnittlich.

In Deutschland zeigt sich die Entwicklung besonders deutlich: Mit dem im Jahr 2022 eingerichteten Sondervermögen

Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro sollte die Bundeswehr umfassend modernisiert werden, doch dieses Budget wird voraussichtlich bereits bis 2027 aufgebraucht sein. Um das von der NATO geforderte 2 %-Ziel dauerhaft zu erfüllen, müsste Deutschland künftig jährlich mindestens 80 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben – eine Steigerung von über 50 % im Vergleich zu den bisherigen regulären Verteidigungsausgaben. Sollte der Anteil der Verteidigungsausgaben in Europa insgesamt auf 2,5 bis 3 % des BIP steigen, wie es einige politische Stimmen fordern, entspräche das einer zusätzlichen jährlichen Belastung von 200 bis 300 Milliarden Euro für die EU-Mitgliedstaaten.

Diese massiven Mehrausgaben stellen europäische Regierungen vor ein ökonomisches Dilemma. Eine Erhöhung der Militärausgaben lässt sich entweder durch höhere Neuverschuldung, Kürzungen in anderen Haushaltsbereichen

oder Steuererhöhungen finanzieren. Alle drei Optionen bergen jedoch erhebliche Risiken für das wirtschaftliche Gleichgewicht.

Wer zahlt die Rechnung?

Finanzierungsoptionen und ihre Risiken

Die wahrscheinlichste Variante zur Finanzierung der steigenden Militärausgaben ist eine Erhöhung der Staatsverschuldung, da in vielen Ländern die Spielräume für Steuererhöhungen begrenzt sind und Kürzungen in Sozial- und Investitionsprogrammen politisch schwer durchzusetzen wären. In Deutschland steht dem jedoch die Schuldenbremse entgegen, die nur durch politische Mehrheiten im Bundestag ausgesetzt oder reformiert werden könnte. Eine Lockerung dieser Regelung könnte kurzfristig finanziellen Spielraum schaffen, würde jedoch langfristig die Inflationsrisiken und die Zinsbelastung für zukünftige Generationen erhöhen.

Alternativ könnten Kürzungen in anderen staatlichen Ausgabenbereichen vorgenommen werden, was jedoch erhebliche soziale und wirtschaftliche Folgewirkungen hätte. Sollte beispielsweise der Verteidigungsetat durch Einsparungen im Sozialsektor ausgeglichen werden, könnten sich negative Konsequenzen für den Binnenkonsum ergeben, der in der EU fast 60 % der gesamten Wirtschaftsleistung ausmacht. Eine Reduzierung von Investitionen in Bildung, Forschung oder Infrastruktur könnte zudem die langfristige Innovationsfähigkeit der europäischen Wirtschaft beeinträchtigen, was wiederum die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu China oder den USA schwächen würde.

Eine dritte Option wäre eine Erhöhung der Steuern, sei es durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer oder durch neue Abgaben für Unternehmen und Privatpersonen. Höhere Unternehmenssteuern könnten jedoch Investitionen bremsen, während steigende Konsumsteuern die Kaufkraft der Bürger reduzieren und das Wirtschaftswachstum dämpfen würden.

Militärausgaben als Wachstumsmotor? Die Rolle der Rüstungsindustrie

Einige Ökonomen argumentieren, dass eine verstärkte militärische Produktion positive wirtschaftliche Impulse setzen könnte. Die europäische Rüstungsindustrie, insbesondere Unternehmen wie Rheinmetall, Airbus Defence & Space oder Hensoldt, profitiert bereits erheblich von der gestiegenen Nachfrage. Sollte Europa mehr in eine gemeinsame Verteidigungsindustrie investieren, könnten positive Skaleneffekte entstehen, die

die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen im globalen Verteidigungssektor stärken.

Gleichzeitig bleibt jedoch fraglich, ob diese Wachstumsimpulse ausreichen, um die negativen Effekte der höheren Staatsausgaben zu kompensieren. Militärische Investitionen generieren in der Regel weniger langfristige Wertschöpfung als Investitionen in Bildung, Digitalisierung oder erneuerbare Energien. Während Infrastrukturprojekte oder Bildungsinvestitionen die Produktivität und Innovationsfähigkeit einer Wirtschaft nachhaltig steigern, sind Militärausgaben in erster Linie verbrauchsorientiert und haben einen geringeren multiplikativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum.

Falken versus Diplomaten: Wer bestimmt Europas sicherheitspolitische Zukunft?

Während Länder wie Polen, die baltischen Staaten und Großbritannien den militärischen Ausbau entschlossen vorantreiben, gibt es innerhalb der EU auch gemäßigte Stimmen, die verstärkt auf diplomatische Lösungen und strategische Kooperationen setzen. In Frankreich plädiert Präsident Emmanuel Macron für eine langfristige europäische Sicherheitsarchitektur, die eine stärkere Zusammenarbeit innerhalb der EU anstrebt, anstatt ausschließlich auf eine Annäherung an die USA oder auf nationale Alleingänge zu setzen.

Deutschland hingegen befindet sich in einem sicherheitspolitischen Umbruch. Während der zukünftige Bundeskanzler Friedrich Merz eine harte sicherheitspolitische Linie verfolgt und von einer europäischen Eigenständigkeit in der Verteidigung spricht, bleibt die Frage offen, ob sich dieser Kurs politisch und wirtschaftlich durchsetzen lässt.

Ein entscheidender Punkt bleibt dabei die transatlantische Zusammenarbeit. Donald Trumps außenpolitische Strategie, die immer stärker auf America First setzt, hat in Europa die Angst geschürt, dass die USA ihre sicherheitspolitische Verantwortung abgeben könnten. Gleichzeitig könnte Europa durch eine stärker koordinierte Diplomatie mehr Einfluss auf mögliche Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland nehmen. Doch bisher dominiert die Angst vor einer Eskalation – und die Furcht, nicht ausreichend vorbereitet zu sein.

Europa zwischen Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität

Die europäische Verteidigungspolitik steht an einem Wendepunkt. Während die Bedrohung durch Russland als Argument für eine massive Aufrüstung dient, stellt sich die Frage, ob der finanzielle Kraftakt nicht langfristig mehr wirtschaftliche Risiken als sicherheitspolitische Vorteile mit sich bringt.

Sollten die Militärausgaben in Europa tatsächlich auf 3 % des BIP steigen, drohen entweder steigende Schulden, massive Kürzungen in Sozial- und Zukunftsinvestitionen oder höhere Steuern – alles Szenarien, die die Wirtschaftskraft der EU schwächen könnten.

Letztlich wird sich entscheiden müssen, ob Europa den Weg der reinen Abschreckung wählt oder ob es gelingt, eine strategische Balance zwischen Verteidigungsfähigkeit und wirtschaftlicher Tragfähigkeit zu finden. Andernfalls könnte sich die wirtschaftliche Last der Rüstungsausgaben als langfristige Bedrohung für Europas Wohlstand erweisen – und damit genau das untergraben, was es eigentlich zu schützen gilt.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4938076/Europa-im-Aufruestungsrausch-Droht-eine-wirtschaftliche-Ueberlastung/>